

---

Der folgende Aufsatz, dessen Erstveröffentlichung in der „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 2003, Heft 10 S.400 ff. erfolgte, wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Berlin nachgedruckt, da die dort aufgezeigte Problematik auch für Thüringen entsprechend zutrifft.

Erwin Engels

## „Gefühlte“ oder „echte“ Inflation – Anmerkungen zur Diskussion um die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland im Jahr 2002

### Vorbemerkung

In Heft Nr. 5 des Jahrgangs 2002 dieser Monatsschrift wurden die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland beim Übergang von der bisherigen nationalen Währung D-Mark auf das neue Zahlungsmittel Euro anhand von Daten der amtlichen Preisstatistik dargestellt sowie der mögliche Einfluss der Euro-Bargeldeinführung auf das Preisniveau in unserem Land untersucht [1]. Trotz der frühzeitigen Veröffentlichung einer Gemeinschaftsstudie von Statistischem Bundesamt und Deutscher Bundesbank zu den möglichen inflationären Wirkungen des neuen Zahlungsmittels bereits im März 2002 [2] verselbständigte sich die öffentliche Diskussion über den „Preistreiber Euro“ im politischen wie im vorpolitischen Raum schnell, setzte sich über die Ergebnisse der amtlichen deutschen und europäischen Statistik hinweg und trieb zahlreiche – zum Teil exotische – Blüten. Im Zentrum der Diskussion und in aller Munde: die so genannte „gefühlte Inflation“. Die nachfolgende Ausarbeitung ist ein Versuch, die von einigen Protagonisten aufgeregt geführte Debatte zu versachlichen und die gedankliche Schere zwischen der veröffentlichten amtlichen Teuerungsrate und den persönlichen Eindrücken vieler Verbraucher auf der Basis der im Verlauf des Jahres 2002 gemessenen Daten wieder zu schließen.

### Von „wind chill“ und „inflation chill“

Mit dem Aufkommen privater Wetterdienste in Deutschland, mit deren zunehmender Präsenz auf den Fernseh-Bildschirmen und mit der damit einhergehenden Abkehr von einer eher steifen, rein sachorientierten, manchmal „bürokratisch“ wirkenden Präsentation wurde es auch in den deutschen Wettervorhersagen Usus, nach US-amerikanischem Vorbild exakt gemessenen Temperaturangaben unter Berücksichtigung der jeweiligen ebenfalls exakt gemessenen Windgeschwindigkeiten „gefühlte“ Temperaturwerte, den so genannten „wind chill“, hinzuzufügen und

durch die damit verbundene Verallgemeinerung von unterschiedlichsten individuellen körperlichen Empfindungen den Boden des von Meteorologen wissenschaftlich Untersuch- bzw. Nachweisbaren zu verlassen. Inzwischen wurde es auch auf anderen, insbesondere politisch relevanten Themengebieten populär, fundierten, auf die Gesamtgesellschaft oder auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen bezogenen Messwerten ebenfalls singuläre Eindrücke gegenüberzustellen und diesen eine allgemeine und zudem höhere Wertigkeit beizumessen.

Seit der Euro-Bargeldeinführung am 1. Januar 2002 sieht sich die amtliche Statistik in Deutschland einer vergleichbaren Situation gegenüber. Zwischen der von ihr auf der Basis langfristig verabredeter Kriterien errechneten Teuerungsrate und der – von wem auch immer – „gefühlten Inflation“ bestand und besteht teilweise immer noch eine relativ große Diskrepanz.

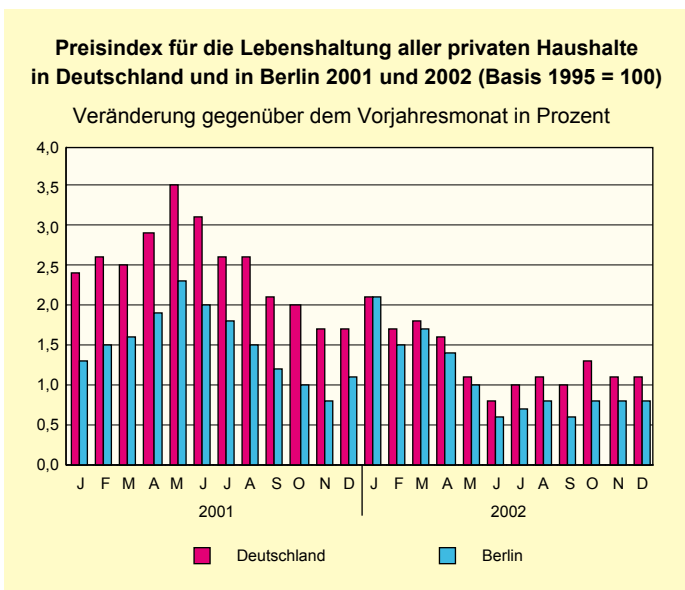
Der „inflation chill“ war offenbar groß genug, um noch vor Jahresmitte 2002 sogar das eine oder andere Mitglied der damaligen und am 22. September 2002 wieder gewählten Bundesregierung zu veranlassen, nicht der fachlichen Kompetenz und dem bewährten Instrumentarium zur Messung der Teuerung der eigenen Statistikbehörde zu vertrauen, sondern statt dessen auf öffentlich geäußerte, weit weniger fundierte Aufgeregtheiten zu reagieren und dabei sogar zentrale ordnungspolitische Axiome unserer Wirtschaftsordnung (Beispiel: freie unternehmerische Preisbildung) zu „vergessen“.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Nicht „vergessen“ wurde in dieser Debatte der von einigen Wissenschaftlern gern erhobene Vorwurf an die deutsche amtliche Statistik, der deutsche Verbraucherpreisindex überzeichne wegen vermeintlich veralteter, nicht ausreichender Qualitätsbereinigungsverfahren die Teuerungsrate, und zwar in einer geschätzten Größenordnung zwischen 0,5 und 0,8 Prozentpunkten. Nach diesen Vorstellungen hätten die amtlich veröffentlichten Daten und die „gefühlte Inflation“ noch weiter auseinander gelegen, als von den „chill“-Protagonisten beklagt.

## Amtlich gemessen: Niedrigste Jahresteuerrate seit 1999

Dies geschah vor dem Hintergrund von nach dem Januar-Hoch 2002 deutlich kleiner werdenden Steigerungsraten des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland; eine gleichlaufende Entwicklung, auf niedrigerem Niveau, zeigte übrigens auch der entsprechende Index für das Land Berlin.



Der vom Statistischen Bundesamt für den Monat Juni 2002 errechnete Anstieg der Verbraucherpreise (Basis: 1995 = 100) war mit 0,8 % der niedrigste seit Oktober 1999 (ebenfalls +0,8 %). Für das Land Berlin wies das Statistische Landesamt für den gleichen Berichtsmonat sowie für den Monat September im Vorjahresvergleich eine Steigerungsrate von nur 0,6 % aus, einen Wert, der zuletzt im November 1999 erreicht bzw. unterschritten wurde (damals +0,5 %). Das Bundesland Brandenburg meldete für Juni 2002 mit einem Plus von 0,4 % einen noch geringeren Indexanstieg.

Laut Bundesamt stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2002 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt 2001 nur um 1,3 %, nach +1,9 % im Jahr 2000 und +2,5 % im Jahr 2001. Der für das „Euro-Teuro-Jahr 2002“ berechnete Wert war die niedrigste Jahresteuerrate seit 1999.<sup>2</sup>

In Berlin stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes im Jahresdurchschnitt 2002 im Ver-

gleich zum Vorjahr sogar nur um 1,0 %. Dies war ebenfalls der niedrigste Wert seit 1999; er lag zudem nur um 0,1 % über dem damaligen Jahresdurchschnitt. Für die Jahre 2000 und 2001 veröffentlichte das Statistische Landesamt für das Bundesland Berlin Steigerungsraten von +1,3 % bzw. +1,5 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.

## Einige Details zur Entwicklung auf Bundesebene

Der moderate Anstieg der Teuerungsrate im Jahr 2002 auf Bundesebene ist im Wesentlichen auf eine unterdurchschnittliche bzw. in Teilen sogar rückläufige Entwicklung bestimmter Index-Teilpositionen zurückzuführen. Für die Indexgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ beispielsweise wurde trotz der massiven Preissprünge bei Obst und Gemüse zu Jahresbeginn im Jahresdurchschnitt 2002 nur eine Preissteigerungsrate von 0,9 % ermittelt. Obst wurde nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Vergleich zum Vorjahr 2001 nur um 0,3 % teurer, Gemüse sogar um 1,2 % billiger. Auch die Fleischpreise gingen gegenüber dem Berichtsjahr 2001 leicht zurück (-0,3 %). Bei einigen anderen Grundnahrungsmitteln, z.B. bei Brot und Getreideerzeugnissen oder bei Molkereiprodukten und Eiern, wurden dagegen im Vergleich zum Vorjahr Preissteigerungen registriert (+2,8 % bzw. +2,0 %). Die Verkaufspreise für Kaffee, Tee und Kakao lagen um 2 % unter den Vergleichswerten des Vorjahres.

Die Indexposition „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ verzeichnete einen Anstieg um nur 0,7 %. Da sie mit rd. 27,5 % den bei weitem größten Wägungsanteil am Gesamtindex hat, wirkte ihre niedrige Steigerungsrate noch „gewichtiger“ als die des Bereichs „Nahrungsmittel“. Die insgesamt rückläufigen Energiepreise des Jahres 2002 (trotz der im Jahr 2002 um 2,3 % gestiegenen Benzinpreise -1,8 % gegenüber den allerdings relativ hohen Vergleichswerten des Vorjahres, in dem kräftige Erhöhungen registriert worden waren) machten sich spürbar „Index-dämpfend“ bemerkbar und schlugen entsprechend auch auf den Gesamtindex durch.

<sup>2</sup> Die Wortschöpfung „Teuro“ wird dem „FOCUS“-Autor Jochen Schuster zugeschrieben. Wie das Wirtschaftsmagazin „IMPULSE“ meldete, erhielt Schuster für die „Erfindung“ des Begriffs „Teuro“ in einem Beitrag vom 7. Mai 2001 den „Pons Pons 2001“-Preis für kreative Wortschöpfer. Lt. „IMPULSE“ tauchte der „Teuro“ allerdings bereits in der Ausgabe Februar 1997 des Satire-Magazins „Titanic“ auf [3].

---

Deutlich teurer – und damit neben den Nahrungsmittelpreisen Auslöser für die erregten öffentlichen Reaktionen auf den vermeintlichen „Preistreiber Euro“ – wurden im Berichtsjahr eine Reihe von Dienstleistungen (Beispiele: chem. Reinigung, Friseur, Schuster) sowie das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, für das mit insgesamt +3,6 % die zweithöchste Steigerungsrate der 12 Teilindizes ausgewiesen wurde („Alkoholische Getränke, Tabakwaren“: +3,7 %, nicht zuletzt bedingt durch die Erhöhung der Tabaksteuer zum 1. Januar 2002).

Für die Realitätsnähe der von der amtlichen Verbraucherpreisstatistik gemessenen Teuerungsrate sprechen weitere Wirtschaftsdaten:

- Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen für das Jahr 2002 aus, dass die Ausgaben für den privaten Konsum preisbereinigt um 0,5 % gesunken sind. Nach Meinung des Statistischen Bundesamtes dürfte die Verunsicherung der Verbraucher im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung wesentlich zu dieser Kaufzurückhaltung beigetragen haben [4].
- Das verfügbare Einkommen hatte im Jahr 2002 die niedrigste Steigerungsrate der letzten 20 Jahre. Der nominale Zuwachs betrug lediglich 1,0 %. Bei dieser Ausgangslage blieb dem Einzelhandel nach Auffassung des Bundesamts kaum Spielraum für Preisanhebungen [4].

## Vergleichswerte aus Berlin

Die Indexentwicklung in Berlin zeigte im Jahresverlauf 2002 fast durchgehend rückläufige Preissteigerungsraten. Die im Januar des Jahres beklagte relativ hohe – und in der öffentlichen Diskussion nahezu ausschließlich der Euro-Bargeldeinführung angelastete – Teuerung von 2,1 % blieb der Jahreshöchstwert. Ab Berichtsmonat Juni 2002 (Indexanstieg nur 0,6 %) lagen alle Monatswerte im Vorjahresvergleich unter der 1-Prozent-Marke (Dezember: +0,8 %).

Vor allem die Preise in der Indexgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“, die im Januar massiv anzogen (+7,2 %), was zur Prägung des Schlagwortes „gefühlte Inflation“ wesentlich beitrug, entwickelten sich im Jahresverlauf ausgesprochen verbraucherfreundlich. Die für diesen Indexbereich ausgewiesenen monatlichen Preissteigerungsraten gingen im Vorjahresvergleich bis Mai 2002 kontinuierlich auf 0,1 % zurück. Ab Monat Juni lagen die Nahrungsmittelpreise in der Hauptstadt jeweils unter den

in den Vergleichsmonaten des Vorjahres gemessenen Werten. Im Dezember 2002 schließlich entsprach der Indexstand nur noch in etwa dem Durchschnittswert des Jahres 1998 der Indexgruppe. Diese Entwicklung trug wesentlich zu dem im Bundesvergleich niedrigen Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Berlin bei.

Ebenfalls „Index-dämpfend“ wirkten sich im Jahr 2002 die im Vorjahresvergleich durchgehend rückläufigen Preise für Bekleidung aus (Teilindex „Bekleidung und Schuhe“: insgesamt -1,9 %). Dagegen zogen auch im Bundesland Berlin die Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen gegenüber dem Vorjahr deutlich an, und zwar in allen zwölf Monaten des Berichtsjahres (insgesamt +3,5 %). Wegen des relativ geringen Wägungsanteils schlug der Preisauflauf bei Hotellerie und Gastronomie nicht allzu stark auf den Berliner Gesamtindex durch, war aber ein weiterer Gegenstand der öffentlichen Diskussion in den örtlichen Medien.

Stärker „Index-prägend“ war die Entwicklung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe. Heizöl wurde in Berlin in den ersten neun Monaten des Jahres 2002 billiger angeboten als in den jeweiligen Monaten des Vorjahres. Erst ab Oktober 2002 wurden im Vergleich zum Vorjahr höhere Heizölpreise verlangt. Auf die Indexexposition „Zentralheizung, Fernwärme“ hatten diese Preisanhebungen bis Jahresende 2002 noch keine spürbaren Auswirkungen.

Bei Benzin waren in der ersten Jahreshälfte 2002 einheitliche Preisbewegungen zu beobachten. Ab Juli 2002 wurden dann bei monatlicher Betrachtung im Vorjahresvergleich nur noch – zum Teil kräftige – Preisanhebungen registriert. Im Jahresdurchschnitt 2002 stiegen die Kraftstoffpreise in Berlin um 2,6 % und damit deutlich stärker als noch im Jahr 2001 (+1,1 %), aber längst nicht in der Größenordnung des Jahres 2000 (+18,3 %).

## 2002 besonders zu beachten: der statistische Basiseffekt

Bei den vorstehenden Angaben zur Verbraucherpreisentwicklung auf Bundesebene wie in Berlin muss natürlich der so genannte statistische Basiseffekt berücksichtigt werden. Dieser hatte gerade im Jahr 2002 bei der Indexberechnung nicht unwesentliche „Index-dämpfende“ Effekte.

Wie die Abbildung auf Seite 31 verdeutlicht, wurden in den Berichtsmonaten des 2. Quartals 2001 für beide Regionen die höchsten Indexanstiege des Jahres ausgewiesen (Beispiel Mai 2001: +3,5 % auf Bundesebene). Nun sind die Indexstände des Vorjahres bekanntlich die Berechnungsgrundlage für die Preissteigerungsraten der jeweiligen Berichtsmonate des folgenden Jahres. Für das Jahr 2002 und dabei insbesondere für dessen 2. Quartal waren deshalb wegen des Basiseffekts die auf die vergleichsweise hohen Vorjahreswerte bezogenen monatlichen Teuerungsraten rechnerisch niedrig.

Sind bei der Indexberechnung niedrigere Vorjahreswerte zu berücksichtigen, führt der Basiseffekt in den aktuellen Berichtsmonaten entsprechend zu rein rechnerisch hohen Teuerungsraten. Beide statistischen Effekte nimmt der Verbraucher bei seinen subjektiven Empfindungen nicht wahr. Gemessene und individuell „gefühlte“ Inflation können also allein schon wegen dieser statistisch-rechnerischen Maßnahme zur Vergleichsbildung nicht deckungsgleich sein. Außerdem ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass individuelle, subjektive Preisvergleiche häufig von früheren Sonderangeboten ausgehen, nicht von den damaligen „normalen Preisen“ der jeweiligen Güter.

## Keine „Inflation“ in Deutschland

Die auf niedriger Basis rückläufige Indexentwicklung des vergangenen Jahres und die zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags aktuellen Werte der ersten Monate des Jahres 2003 machen deutlich, wie wenig angezeigt es angesichts eines Indexanstiegs unter 1,5 %, allein schon wegen der Ängste älterer Mitbürger erscheint (und wie falsch es gemäß Definition sogar ist), in der Debatte um den „teuren Euro“ den Begriff „Inflation“ – sei sie nur „gefühlte“ oder „echt“ – zu verwenden.<sup>3, 4</sup>

Auch von einer „schleichenden Inflation“ [diese wäre lt. Brockhaus „bei relativ geringen jährlichen Preissteigerungsraten (etwa 5 % bis 10 %)“ gegeben] kann angesichts der geringen Jahresteuerrate in Deutschland nicht gesprochen werden. Diese Aussage gilt auch bei Berücksichtigung des im Berichtsjahr 2002 „Index-dämpfend“ wirkenden statistischen Basiseffekts (siehe vorstehender Abschnitt).

Zu Recht stellte der Präsident des Statistischen Bundesamtes (StBA) bereits am 2. Juli 2002 in einem Pressegespräch in

Frankfurt/Main angesichts der Daten des ersten Halbjahres, also nach „sechs Monaten Euro“ fest: „Unser Geld hat durch die Einführung des Euro nicht an Wert verloren. Die Jahres-teuerungsraten der letzten Monate ... zeigen, dass die Euro-Einführung auf die Lebenshaltungskosten insgesamt keinen wesentlichen Einfluss gehabt hat.“ [7]

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zielt im Übrigen seit einem entsprechenden Beschluss vom Mai 2003 auf „Teuerungsraten unter, aber nahe zwei Prozent auf mittlere Sicht“ ab. In diesem Zusammenhang sollten, so die EZB, „die Inflationserwartungen ungeachtet kurzfristiger Preisentwicklungen auf diesem Niveau verankert bleiben“ [8]. Die EZB hält einen gewissen Anstieg der Verbraucherpreise nicht zuletzt unter konjunktur- und wachstumspolitischen Gesichtspunkten durchaus für wünschenswert und allemal besser als eine „Null-Inflation“ mit möglichen Tendenzen zur Deflation.

Die EZB und auch ihr Expertenfeld setzen also – anders als der sog. „normale Verbraucher“ – eine „nahe zwei Prozent“ liegende Teuerungsraten mit „Preisstabilität“ gleich. Dies belegen Aussagen mehrerer Mitglieder des sog. „EZB-Schattenrats“<sup>5</sup> im Zusammenhang mit Diskussionen um eine weitere Senkung der Leitzinsen durch die EZB. Nach Ansicht von Daniel Gros vom Brüsseler Forschungsinstitut CEPS beispielsweise waren die Inflationserwartungen in der Euro-Zone in den letzten Jahren „notorisch zu niedrig“. Nach Meinung des belgischen Ökonomieprofessors Paul de Grauwe (Universität Leuven) sollte der Rückgang der Inflationserwartungen auf deutlich unter 2 % eine Notenbank, die die Inflation bei nahe 2 % halten will, zum Handeln animieren. Prof. Charles Wyplosz (Universität

<sup>3</sup> Lt. Brockhaus bezeichnet der Begriff „Inflation“ den „anhaltenden Prozess der Geldentwertung, der seinen Ausdruck in einem Anstieg des allgemeinen Preisgefüges findet. Nicht als Inflation gelten einmalige, vorübergehende, durch ungewöhnliche Vorkommnisse (z.B. Missernten, Streik) verursachte Preiserhöhungen sowie Preissteigerungen für bestimmte Güter oder Produktionsfaktoren. Die Inflation wird gemessen am Anstieg eines das allgemeine Preisniveau am besten widerspiegelnden Preisindex (z.B. Preisindex für die Lebenshaltung).“ [5]

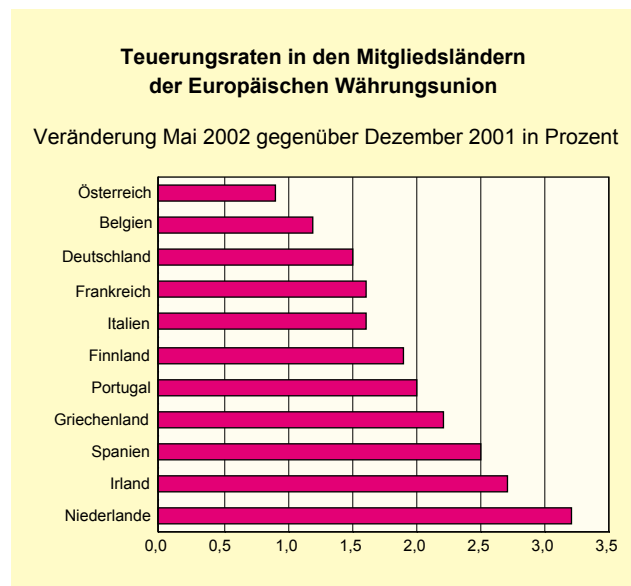
<sup>4</sup> Einige deutsche Kabarettisten machten die Aufgeregtheiten um den „teuren Euro“ an einer falschen, weil psychologisch ungeschickten Namensgebung fest. Der Name „Euro“ verführe geradezu zu dem Wortspiel „Teuro“ – mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf das „Empfinden“ der Verbraucher, was man hätte voraussehen müssen. Der Name „Illig“ beispielsweise, so ein Kommentar in Berlins führender Tageszeitung „Der Tagesspiegel“, hätte zu völlig anderen Wahrnehmungen und Reaktionen der Verbraucher geführt. Die Schlagzeilenmacher würden ihn unentwegt als „Billig“ rühmen, und die Stimmung im Lande bette sich auf blühende Landschaften allüberall [6].

<sup>5</sup> Der EZB-Schattenrat ist ein festes Gremium von 18 prominenten europäischen Geldpolitik-Experten aus Hochschulen, Forschungsinstituten und Banken. Das Gremium konstituierte sich auf Initiative von zwei Wirtschafts- und Finanzzeitungen, dem „Handelsblatt“ und dem „Wall Street Journal Europe“, im November 2002.

Genf) und Thorsten Polleit (Investmentbank Barclays Capital) beklagten, die EZB-Politik könne im gegenwärtigen Umfeld leider nur wenig tun, um den Preisauftrieb zu steigern und die Konjunktur zu stützen. Shushil Wadwhani (Wadwhani Asset Management) plädierte für eine weitere spürbare Zinssenkung, weil ohne diese ein hohes Risiko bestehe, dass die Inflation in Euro-Land zu weit sinke. Eine deutliche Zinssenkung sei zur Wahrung der Preisstabilität nötig [9].

## Europäische Teuerungsraten „im Soll“

An dieser Stelle erscheint ein Blick auf die Teuerungsraten in den Ländern der Europäischen Währungsunion angezeigt. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln wies in einer Berechnung der Preissteigerungsraten dieser Staaten für Mai 2002 gegenüber Dezember 2001 nach, dass die Verbraucherpreise in Deutschland in diesem Zeitraum weniger stark gestiegen sind als in den meisten anderen Ländern der Euro-Zone [3]. Aus der Übersicht des IW lässt sich auch ableiten, dass nur vier der elf Mitgliedsländer im Mai 2002 das im Mai 2003 definierte geldpolitische Ziel der Europäischen Zentralbank durch einen deutlich höheren bzw. deutlich niedrigeren Wert verfehlt hätten.



## Kleiner Exkurs in die Methodik der amtlichen Preisstatistik

Die grundsätzliche Feststellung von StBA-Präsident Hahlen lässt die amtliche Statistik nicht die Augen davor verschließen, dass es bei bestimmten Gütern und Dienstleis-

tungen durchaus Euro-beeinflusste Sonderentwicklungen mit zum Teil sprunghaften Preissteigerungen gab und auch derzeit noch gibt. Entsprechende Belege veröffentlichten das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank bereits drei Monate nach der Euro-Bargeldeinführung im März d. J. in einer gemeinsamen Studie [2]. Deren Ergebnisse wurden in dieser Monatsschrift bereits ausführlich dargestellt [1].

Inzwischen hat das Bundesamt seine Analyse fortgesetzt [10]. Auf diese Erkenntnisse soll in diesem Beitrag weiter unten nur kurz eingegangen werden. Sie bestätigen im Wesentlichen die Aussagen der ersten Studie. Vorab erscheint ein kleiner Exkurs in die Methodik der amtlichen Preisstatistik angezeigt, schon um diese von einigen Vorschlägen anderer Institutionen zum Nachweis der „gefühlten“ und damit nach deren Meinung „eigentlichen Inflation“ abzugrenzen.

Der – amtliche – Preisindex für die Lebenshaltung wird auf der Rechtsgrundlage des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG), jeweils in der aktuellsten Fassung, errechnet. Er stellt die Preisentwicklung unter der Prämisse gleich bleibender Verhältnissen fest (Berechnungsformel nach Laspeyres).

Die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte werden durch Auswertung der in 5-jährigen Abständen stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) sowie der monatlichen Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) umfassend und detailliert ermittelt. Beide Erhebungen werden im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Der Stichprobenplan, die jeweiligen Stichprobenquoten für die einzelnen Bundesländer sowie die soziodemographischen Strukturen der auf freiwilliger Basis teilnehmenden Haushalte werden aus dem jeweils aktuellen Mikrozensus abgeleitet.

Auf Basis der Informationen aus den beiden Stichproben EVS (ca. 76 000 teilnehmende Haushalte) und LWR (6 000 Haushalte) erstellt das Statistische Bundesamt einen „statistischen Warenkorb“, der zur Zeit rd. 750 als repräsentativ für alle Regionen, alle Haushaltstypen und alle nachgefragten Waren und Dienstleistungen erkannte Produktgruppen enthält. Die Anteile der Ausgaben für die Güter und Dienstleistungen des Warenkorbes werden quantitativ bewertet (Wägungsschema), d.h. es wird festgelegt, mit welchem Gewicht die einzelnen als repräsentativ erkannten Ausgabenpositionen – und bei der Indexrechnung

deren auf ein Basisjahr bezogene Preisveränderungen – in den Gesamtindex einfließen.<sup>6</sup>

**Wägungsanteile der Indexhauptgruppen im Warenkorb in %**

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	4,2
Bekleidung und Schuhe	6,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	27,5
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte, Ausrüstungen sowie deren Instandhaltung	7,0
Gesundheitspflege	3,4
Verkehr	13,9
Nachrichtenübermittlung	2,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	10,4
Bildungswesen	0,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,6
Andere Waren und Dienstleistungen	6,1

Die amtliche Preisermittlung wird von den Statistischen Landesämtern bundesweit in insgesamt 189 regional über das gesamte Bundesgebiet (alte Bundesländer einschl. Berlin-West: 118; neue Bundesländer einschl. Berlin-Ost: 71) verteilten Berichtsgemeinden unterschiedlicher Einwohnergröße durchgeführt, also nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in mittelgroßen und kleinen Städten und Gemeinden.

Größe der Berichtsgemeinden nach der Einwohnerzahl	
über 1 000 000	3
500 000 - 1 000 000	8
100 000 - 500 000	46
20 000 - 100 000	104
bis unter 20 000	28

In die Erhebung einbezogen sind alle Formen des Einzelhandels und der Dienstleistung. Damit wird die ganze Bandbreite der Verkaufspreise der 750 Preisrepräsentanten des Warenkorbes für die Indexrechnung erfasst.

Die Preise für die Güter der Lebenshaltung werden – mit wenigen Ausnahmen – monatlich bei einem möglichst gleich bleibenden Berichtskreis erhoben. Zu diesem gehören neben den Betrieben des Einzelhandels öffentliche und private Dienstleistungsunternehmen sowie Hauseigentümer und Wohnungsmieter.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt den immensen Aufwand der amtlichen Statistik bei der monatlichen Durchführung der Verbraucherpreisstatistik auf Bundesebene und darunter im Land Berlin:

Kategorie der Berichtsstellen	Anzahl der Berichtsstellen		Anzahl der erhobenen Preise	
	Bund	Berlin	Bund	Berlin
<b>Insgesamt</b>	<b>38 944</b>	<b>1 836</b>	<b>317 100</b>	<b>14 300</b>
Kaufhaus	478	29	29 600	2 100
Verbrauchermarkt	414	11	40 800	1 200
Supermarkt	645	6	57 700	700
Discounter	927	70	36 100	2 600
Fachmarkt	12 096	700	98 700	4 500
Sonstiger Einzelhandel	147	22	2 000	200
Dienstleistungsfirmen/ Miete	24 287	998	52 200	3 000

Dieser regelmäßige Aufwand macht Sinn, denn der Preisindex für die Lebenshaltung ist ein zentraler Wirtschaftsindikator. Er ist unverzichtbar für die Analyse gesamt- und einzelwirtschaftlicher Entwicklungen und dient Politik, Verwaltung, Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, wissenschaftlichen Institutionen, Unternehmen, Medien und auch Privatpersonen als Entscheidungsgrundlage, zum Beispiel bei der Festsetzung von Sozialhilfesätzen, Unterhaltsleistungen oder Diäten, bei der Vergabe öffentlicher und privater Aufträge, bei Tarifverhandlungen sowie bei Wertsicherungsklauseln in Miet-, Pacht-, Pensions- und anderen Verträgen.

Warenauswahl und Gewichtung bleiben bei der amtlichen Indexberechnung in der Regel bis zum Wechsel zu einem neuen, aktuelleren Basisjahr unverändert; dies sichert die Vergleichbarkeit der einzelnen Indexwerte während der gesamten Erhebungsperiode. Bei der monatlichen Preiserhebung möglicherweise festgestellte Qualitätsveränderungen werden bei der Ermittlung der monatlichen Teuerungsrate herausgerechnet. Der amtliche Verbraucherpreisindex zeigt also nur die „reine“ Preisbewegung bzw. Teuerungsrate an.

Zur Ermittlung der „reinen“ Preisveränderung werden in der amtlichen Statistik seit vielen Jahren verschiedene Qualitätsbereinigungsverfahren durchgeführt. Ein neues, sehr anspruchsvolles Verfahren ist die hedonische Methode. Dabei wird mit Hilfe der Regressionsanalyse der Einfluss dieser Qualitätsmerkmale auf den Gesamtpreis des Produkts ermittelt. Auf diese Weise lassen sich diejenigen Preisveränderungen, die auf qualitativen Veränderungen bestimmter Eigenschaften des Produkts beruhen, von den „reinen“ Preisänderungen rechnerisch trennen und eliminieren.

Hedonische Methoden zur Qualitätsverbesserung werden seit Juni 2002 bei der zentral durch das Statistische Bundesamt erhobenen Indexexposition „Personalcomputer“ angewendet; es folgte im Februar 2003 die ebenfalls zentral erhobene Position „Personenkraftwagen“. Die Implementierung hedonischer Teilindizes für zwei weitere – dezentral, d.h. durch die Statistischen Landesämter erhobene – Positionen des statistischen Warenkorbs, das sind aus dem Bereich der „Weißen Ware“ (elektrische Haushaltsgeräte) die Position „Waschmaschinen“ und aus dem Bereich der „Braunen Ware“ (Unterhaltungselektronik) die Position „Farbfernseher“, ist bis Ende 2004 geplant. Die Anwendung hedonischer Methoden zur Qualitätsverbesserung ist sinnvoller Weise nur bei hochwertigen Gebrauchsgütern, die einem schnellen technischen Fortschritt unterliegen, angezeigt. Bei „Mieten“ beispielsweise wäre die Beschaffung monatlich aktueller Qualitätsmerkmale außerordentlich aufwändig und entsprechend kostenintensiv. Bei „Bekleidung“ wird die Qualität vieler Produkte durch statistisch nicht oder nur unvollkommen erfassbare Eigenschaften (Design, Marke, Mode u. Ä.) definiert, was die Anwendung hedonischer Methoden problematisch macht.

<sup>6</sup> Den Indexangaben dieses Beitrags liegt nicht das zum 1. Januar 2003 eingeführte neue Preisbasisjahr 2000 (= 100) zugrunde, sondern das 2002 noch „aktuelle“ Preisbasisjahr 1995. Warenkorb und Wägungsanteile der Hauptgruppen im Warenkorb entsprechen ebenfalls den Vorgaben zum Preisbasisjahr 1995.



---

## Jedem seinen eigenen Index?

Die „individuelle Teuerungsrate“ – oder „gefühlte Inflation“ – eines einzelnen Haushalts oder einer bestimmten Verbrauchergruppe kann sich von der Gesamtteuerungsrate stark unterscheiden. Sie hängt von den individuellen Verbrauchsgewohnheiten und anderen, über längere Zeiträume nicht konstant zu haltenden Einflussgrößen (Haushaltsgröße, Arbeitssituation, Einkommen, Witterung, Jahreszeit, Urlaub u. Ä.) ab. Benzinpreissteigerungen, höhere Kfz.-Steuern und Prämiensteigerungen bei der Kfz.-Versicherung beunruhigen Verbraucher ohne eigenes Kraftfahrzeug und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs im Allgemeinen weniger als aus beruflichen Gründen auf ein eigenes Fahrzeug angewiesene Arbeitnehmer. Vegetarier beispielsweise haben den Preisverfall bei Rindfleisch im Zuge der BSE-Krise und die gleichzeitig wegen des veränderten Verbraucherverhaltens kräftig anziehenden Preise für Geflügel und Fisch vermutlich kaum oder gar nicht „gefühlte“.

Bereits unter Kosten-/Nutzen-Gesichtspunkten erscheint es wenig angezeigt, einen Preisindex beispielsweise für die Lebenshaltung von Vegetariern auszuweisen, obwohl diese Verbrauchergruppe, die wiederum nach dem unerwarteten Dezember-Kälteeinbruch im Mittelmeerraum die massiven Verteuerungen bei Frischgemüse und Südfrüchten mangels Ernährungsalternativen am Stärksten „gefühlte“ haben müsste, als relativ homogen definiert werden könnte. Insbesondere aber ist diese Gruppe nicht repräsentativ für den größten Teil unserer Gesellschaft.<sup>7</sup> Um „gefühlte“ Inflation im eigentlichen Wortsinn messen zu können, bedürfte es jedoch sogar eines Verbraucherpreisindex mit einem individuellen Warenkorb für jeden einzelnen Verbraucher.

Die individuellen Warenkörbe würden sich allerdings nach aller Lebenserfahrung permanent verändern und sich kaum über zwei, drei Monate konstant halten lassen. Auch die „Gewichte“ der Waren und Dienstleistungen in den individuellen Warenkörben wären wechselnden „Gefühlen“ unterworfen und damit ebenso variabel und für monatliche Vergleiche ungeeignet. Zu erwarten wären extreme Abweichungen zwischen vielen „Individual-Indizes“ und den Daten der amtlichen Verbraucherpreisstatistik<sup>8</sup> sowie auch innerhalb der „Individual-Indizes“ selbst. Sinnvolle, statistisch gesicherte Aussagen über die Entwicklung einer Volkswirtschaft ließen die „gefühlten“ Werte nicht zu.

## „Gefühlte Inflation“ = verdoppelte Teuerungsrate

In der Debatte um den „Preistreiber Euro“ erschien es einigen Diskutanten aber dennoch durchaus angezeigt, zu behaupten, die „gefühlte Inflation“ sei wissenschaftlich zu messen. Mit der Veröffentlichung einer „gefühlten Inflationsrate“ in Höhe von 4,8 % für das 1. Quartal 2002 durch das seriöse Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln Ende Mai d. J. war für Medien, Politik und Verbraucher der entsprechende Beweis erbracht.

Das IW legte seiner Berechnung nicht den gesamten statistischen Warenkorb zu Grunde, sondern filterte die 28 Warengruppen heraus, deren Preise in den ersten drei Monaten des Jahres um mehr als 2,5 % gestiegen waren. Für diese Waren und Dienstleistungen ergab sich im Schnitt eine Preissteigerung von 4,8 % – laut IW die „gefühlte Inflation“ [12]. Die Formel „Euro gleich Teuro“ sei in diesem Zusammenhang aber falsch, betonte das Institut. „Schuld daran, dass manches seit der Euro-Umstellung teurer geworden ist, hat die neue Währung nicht allein“ [12]. Das IW wies darauf hin, dass der Preisauftrieb im vierten Jahr nach Einführung des Euro in Deutschland<sup>9</sup> „weder im historischen Rückblick noch im europäischen Vergleich außergewöhnlich hoch“ sei [12].

Die Hypo-Vereinsbank teilte Anfang Juni 2002 mit, dass das „wahrgenommene Preisniveau“ in Deutschland im Januar nahezu doppelt so hoch gewesen sei wie von der amtlichen Statistik ermittelt. Die „gefühlte Inflation“ habe im ersten Monat des Jahres bei knapp 4,5 % gelegen, während die vom Statistischen Bundesamt ermittelte jährliche Inflationsrate für diesen Monat nur bei 2,1 % gelegen habe [13]. Wie die Wissenschaftler des IW vernachlässigten auch die Volkswirte der Hypo-Vereinsbank bei ihren Rechnun-

<sup>7</sup> Der zunehmende Verlust an Repräsentativität in den vergangenen Jahren veranlasste die deutsche amtliche Statistik, im Zuge der Indexrevision 2003, d. h. mit der Umstellung des Verbraucherpreisindex auf das neue Preisbasisjahr 2000 (= 100), die Berechnung von Preisindizes für die Lebenshaltung spezieller Haushaltstypen (4-Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen; 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen; 2-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen) einzustellen. Seit dem 1. Januar 2003 wird in Bund und Ländern nur noch ein „zentraler“ Verbraucherpreisindex berechnet, der früher die Bezeichnung „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte“ trug (siehe dazu [11]).

<sup>8</sup> Einen entsprechenden Nachweis führte der Dortmunder Statistikprofessor Walter Krämer, Autor des Buches „So lügt man mit Statistik“, in einem Feldversuch mit Studenten.

<sup>9</sup> nicht zu verwechseln mit der Euro-Bargeldeinführung zum 1. Januar 2002

---

gen den statistischen Warenkorb, brachten aber eine andere Index-Variante als das Forschungsinstitut ins Gespräch. Sie untersuchten lediglich die Preisentwicklung von Gütern, die regelmäßig konsumiert und direkt bezahlt werden. Gerade bei diesen Produkten, so die Aussage der Bank, würden Preisänderungen unmittelbar wahrgenommen. Güter mit hohen Wägungsanteilen, wie z.B. die Monatsmiete, fallen bei dieser Art der Selektion natürlich aus der Betrachtung heraus. Überweisungen oder Abbuchungen vom Konto – so kann man die Aussage der Banker interpretieren – scheinen die deutschen Verbraucher also kaum zu „fühlen“ und nur mittelbar beim Blick auf das monatliche Budget wahrzunehmen.

Die ARD-Sendung „Tagesthemen“ heizte ebenfalls Anfang Juni die sich immer mehr verselbständigende Diskussion um den „Preistreiber Euro“ durch eine von ihr in Auftrag gegebene Untersuchung an [14], die ergab, dass im Zuge der Euro-Bargeldeinführung vor allem Dienstleistungen teurer geworden seien. Diese Feststellung konnte nicht überraschen, denn eine derartige Aussage hatten Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank bereits in ihrer gemeinsamen Studie im März d. J. belegt [2]. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die Daten der unterschiedlichen Regionen West- und Ostdeutschlands in die Betrachtung einbezog, ließ die ARD die Preisentwicklung nur bei 117 ausgewählten Dienstleistungen – vom Frisör bis zur Autowaschanlage – und ausschließlich in den Großräumen Köln/Bonn, Frankfurt/Main und Berlin untersuchen.

Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) als Auftraggeber der Untersuchung und damit als verantwortliche Rundfunkanstalt der ARD bezifferte die durchschnittliche Teuerung der 117 Dienstleistungen zwischen Juni/Juli 2001 und den ersten drei Monaten 2002 mit 9,8 % und nannte einige Extrembeispiele für Preise vor und nach der Euro-Bargeldeinführung. Eine einzelne chemische Reinigung verlange für die Reinigung einer Hose statt früher DM 3,90 nunmehr EUR 3,- [14].

Einen direkten Bezug zwischen den Einzelpreiserhöhungen und dem „teuren Euro“ stellte der Sender nicht her; Zuschauer des „Tagesthemen“-Beitrags konnten aber durchaus den Eindruck gewinnen, die ermittelten Preiserhöhungen seien Beispiele für die in aller Munde befindliche „Euro-Abzocke“. Die ARD unterließ nämlich den – journalis-

tisch gebotenen – Hinweis, dass in ihrem Beitrag willkürlich ausgewählte singuläre Preisbewegungen aus drei räumlich sehr kleinen und zudem regional nicht für das gesamte Bundesgebiet repräsentativen Erhebungsgebieten verallgemeinert wurden<sup>10</sup>.

Angesichts derartiger Tatarenmeldungen auch von als im Allgemeinen seriös eingeschätzten Medien verwundert es nicht, dass laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für den Nachrichtensender N 24 zwei Drittel der befragten Bürger sich von der Bundesregierung mit dem Problem der Euro-bedingten Preissteigerungen allein gelassen fühlten und meinten, die Regierung mache es sich mit dem Ratschlag, nur bei solchen Händlern zu kaufen, die ohne Preiserhöhungen ausgekommen seien, zu leicht [15].

Untersuchungen wie die Studie des Marketingspezialisten Prof. Hermann Diller von der Universität Erlangen-Nürnberg über die Entwicklung von Einzelhandelspreisen von Gütern des kurzfristigen Bedarfs passten nicht in die Landschaft und wurden vermutlich nicht zuletzt deshalb in den Medien kaum beachtet. Diller hatte festgestellt, dass von den Preisen von 1 213 im November 2001 und Februar 2002 überprüften Artikeln nur 8,6 % angehoben, 19,8 % aber gesenkt wurden. Seiner Auffassung nach werde der Einzelhandel zu Unrecht als „Euro-Preistreiber“ angeklagt. Der Eindruck vieler Verbraucher, dass „alles teurer geworden“ sei, beruhe auf einer stark selektiven Wahrnehmung negativer Beispiele [3]. Diller bestätigte damit entsprechende Aussagen der Gemeinschaftsstudie von Statistischem Bundesamt und Deutscher Bundesbank [1,2]. Die Bundesbank bekräftigte im Juli 2002 im Übrigen noch einmal ihre Auffassung, dass die Euro-Bargeldeinführung in Deutschland nicht zu einer generellen Preiswelle geführt habe.

Erstaunlich ist, dass sich auch die Europäische Zentralbank (EZB) den wenig fassbaren, unwissenschaftlichen Begriff der „gefühlten Inflation“ zu Eigen machte und in ihrem Juli-Bericht, wie den Medien zu entnehmen war,

---

<sup>10</sup> Zum Vergleich: Das Statistische Bundesamt wies für den im Auftrag der ARD untersuchten Zeitraum Juni 2001 bis einschl. März 2002 eine Indexsteigerung für den Bereich „Dienstleistungen“ in Höhe von insgesamt nur 1,4 % aus. Für das Land Berlin betrug der entsprechende Anstieg 1,1 %. Im gleichen Zeitraum stiegen übrigens die administrierten, d.h. staatlich beeinflussten, Preise ein wenig stärker, und zwar auf Bundesebene insgesamt um 1,2 % und im Land Berlin um 1,5 %.



vor den schädlichen Folgen einer fortdauernd hohen „gefühlten Inflation“ warnte [16]. Diese könne zu überzogenen Lohnforderungen und zu verhaltenen Konsumententscheidungen führen. Unter Bezug auf die unterschiedlichen Umfrageergebnisse stellte die EZB fest, dass die Verbraucher im Euro-Raum seit Mitte 2000 den Eindruck steigender Preise haben, obwohl die allgemeine Teuerungsrate gefallen sei. Einen solchen Unterschied zwischen „gefühlter“ und „tatsächlicher Inflation“ hat es laut EZB in den gesamten neunziger Jahren nicht gegeben. Gründe für die geöffnete Schere zwischen realer Teuerung und individueller Wahrnehmung sieht die Europäische Notenbank in den starken Preissteigerungen der letzten anderthalb Jahre bei häufig konsumierten Gütern wie Benzin und Nahrungsmitteln als Folge der Nahost-Krise bzw. des BSE-Schocks. Nach Auffassung der EZB ist es wichtig, dass sich die von den Verbrauchern gefühlten Preissteigerungen wieder an die tatsächliche Inflation anpassen, damit bei sinkenden Teuerungsraten der private Konsum und damit die Binnen- nachfrage die Konjunktur im Euro-Raum beleben.

## Öffentliche Boykottaufrufe, auch aus dem Regierungslager

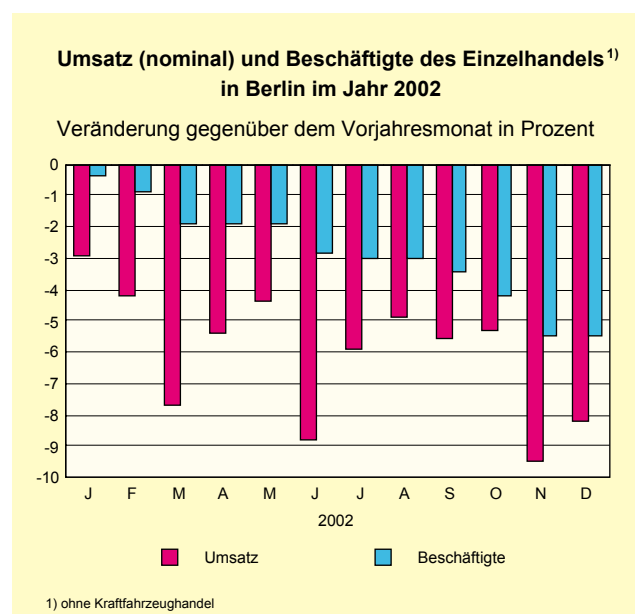
Der von den Medien in der „Euro-Teuro“-Debatte allzu gern aufgegriffene Begriff der „gefühlten Inflation“, deren vermeintlich wissenschaftliche Unterfütterung und deren im Vergleich zur amtlich gemessenen Teuerungsrate mehr als doppelt so hohen Werte führten zu Aktionismen einiger Blätter. Die „Bild“-Zeitung zum Beispiel, an der Spitze der Bewegung, kreierte im Mai 2002 einen „Teuro-

Sheriff“, dessen Aufgabe es war, die Namen von „Teuro-Sündern“ öffentlich zu nennen und dafür zu kämpfen, dass überhöhte Euro-Preise zurückgenommen würden. Das Wochenmagazin „Stern“ veröffentlichte, ebenfalls im Mai, mehr als 70 Fälle sogenannte „Preistreiberei“ im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung, gab den Beschuldigten aber Gelegenheit zur „Rechtfertigung“.

Die Welle der Aufregungen erreichte schnell die politische Bühne und wurde zum Zankapfel von Euro-Befürwortern und Euro-Gegnern und von Vertretern von Regierung und Opposition. Die „echte“ und weit unter den „gefühlten“ Werten liegende Teuerung, d.h. die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Angaben zur Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung in Deutschland, wurden vor allem in der ersten Jahreshälfte 2002 mehr und mehr halbherzig und dann kaum noch als Diskussionsargument herangezogen. Insbesondere das Regierungslager machte die „gefühlten“ Inflationswerte zur Basis politischer Statements.

Einzelne Kabinettsmitglieder verstiegen sich sogar zu öffentlichen Boykottaufrufen gegen Einzelhandel und Dienstleistungsgewerbe. Bundesfinanzminister Hans Eichel äußerte sich im Mai 2002 zu seinen Einkaufsgewohnheiten wie folgt: „Wo ich mich abgezockt fühle, da gehe ich nicht mehr hin.“ [zitiert nach 3]

Die Bundesministerin für Verbraucherschutz Renate Künast berief für den 31. Mai 2002 sogar einen „Anti-Teuro-Gipfel“ mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden und Verbraucherorganisationen ein.<sup>11</sup> Wegen der nicht mit der Wirtschaftsseite abgestimmten Einladung eines Reporters der „Bild“-Zeitung zu diesen Gesprächen und wegen der vor Beginn des „Gipfels“ von der Ministerin angekündigten und damit präjudizierenden Einrichtung eines Beschwerdeforums für Verbraucher („Preis-Wert-Forum“) im Internet reagierten die Vertreter der Spitzenverbände der Wirtschaft auf dem Treffen ausgesprochen verärgert [3].



<sup>11</sup> Der – parteilose – Bundeswirtschaftsminister Werner Müller bezeichnete den „Anti-Teuro-Gipfel“ seiner Kabinettskollegin in einem Interview als „ein bisschen populärer Schauloeffekt“, was nicht hätte sein müssen. Die „Financial Times Deutschland“ schrieb am 27. Mai 2002: „Ökonomisch betrachtet, ist der Teuro-Gipfel Blödsinn. Handel und Gaststätten dürfen ihre Preise selbst festlegen. Das weiß auch die Ministerin Künast (Zitate nach [3]). Für Prof. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und früher einer der fünf „Wirtschaftsweisen“, findet die Debatte um den Teuro im imaginären Raum der Psyche und der subjektiven Befindlichkeiten statt. Sie sei eine Mischung aus Wahlkampf und vorgezogenem Sommertheater, mehr nicht [17].“

---

Der zweite „Anti-Teuro-Gipfel“ wurde für den 10. Juli 2002 einberufen. Genau an diesem Tag ließ Ministerin Künast das „Preis-Wert-Forum“ online gehen. Wie vorher angekündigt, nahmen die Vertreter der Wirtschaftsverbände aus diesem Grunde an dem Treffen nicht mehr teil.<sup>12</sup>

Am gleichen Tag äußerte Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung zur „Teuro“-Diskussion Sympathie für Boykotte und für die Aktionen des Boulevard-Blattes, und zwar wie folgt: „Ich finde, es ist Sache mündiger Verbraucher, auch diejenigen zu bestrafen, die bestimmte Situationen ausgenutzt haben, und diejenigen zu belohnen, die das nicht getan haben. Wenn sie dabei Hilfe durch Blätter mit großen Buchstaben bekommen, ist das auch nicht so schlecht.“<sup>13</sup> [zitiert nach 3]

## Ein Blick auf die Entwicklung von Einzelhandel und Gastgewerbe

Es steht der amtlichen Statistik nicht zu, wirtschaftspolitische Aussagen von Regierungsvertretern zu bewerten. Allerdings ist sie aufgerufen, sich dann zu Wort zu melden, wenn dabei letztlich ihre eigene Fachkompetenz oder die Qualität ihrer Arbeit in Zweifel gezogen werden, wie dies im Falle der Debatte um die mögliche inflationäre Wirkung der Euro-Bargeldeinführung bzw. um die Realitätsnähe des von ihr berechneten Verbraucherpreisindex sicherlich geschehen ist.

Es steht dahin, ob Bundeskanzler oder Bundesfinanzminister angesichts der prekären, ja dramatischen konjunktur- und strukturpolitischen Lage Deutschlands, der rezessiven binnenwirtschaftlichen Entwicklung und der unverändert hohen und sogar noch steigenden Arbeitslosenzahlen heute noch einmal zu Kaufzurückhaltung raten oder gar durch Sympathie für Boykotte die Verunsicherung der Verbraucher im Zusammenhang mit dem Euro verstärken würden – im Gegenteil. Nur wenige Monate später nämlich soll vielmehr zur Stützung der Binnennachfrage der private Konsum mit Macht gefördert werden, möglicherweise sogar durch eine vorgezogene, durch höhere staatliche Verschuldung finanzierte Steuerreform. Vom „teuren Euro“ spricht deshalb angesichts der seit Jahresbeginn 2002 anhaltenden Umsatzeinbrüche bei Einzelhandel und Gastronomie und dem damit verbundenen Rückgang der Beschäftigtenzahlen in beiden Wirtschaftszweigen kein Politiker mehr. Statt der Angst vor der zu hohen „gefühlten Inflation“ geht zudem die Furcht vor Deflation um. Die Erfahrung zeigt, dass so manche populistische,

unreflektierte politische Äußerung nach aller Erfahrung nur eine sehr kurze Halbwertszeit hat.

Die wenig erfreuliche Lage von Einzelhandel und Gastgewerbe soll hier mit Zahlen der Berliner Statistik skizziert werden [19] (Abbildung Seite 38).

Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) musste im Jahresdurchschnitt 2002 nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes nominal Umsatzeinbußen von 6,2 % hinnehmen. Real, d.h. unter Ausschaltung von Preisveränderungen, sank der Umsatz sogar um 7,3 %. Zu den besonders betroffenen Segmenten gehörten der Fachhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (nominal -30,0 %) sowie der Handel mit Büchern, Schreibwaren, Bürobedarf u. Ä. (nominal -17,2 %). Eine positive Umsatzentwicklung wurde lediglich im Segment „Apotheken, Drogerien und Handel mit medizinisch-orthopädischen und kosmetischen Erzeugnissen“ (nominal +4,6 %) sowie beim Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen registriert (nominal +8,7 %).

Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) nahm im Jahresdurchschnitt 2002 insgesamt um 2,9 % ab; die beiden Bereiche mit Umsatzplus meldeten dabei eine Zunahme der Beschäftigung. Die Zahl der Vollzeitkräfte (Jahresdurchschnitt 2002: -4,5 %) sank dabei deutlich stärker als die Zahl der Teilzeitarbeitnehmer (-1,2 %).

Im größten Bereich des Berliner Gastgewerbes, dem Gaststättengewerbe, lagen die nominalen Umsätze im Jahresdurchschnitt 2002 um 10,9 % unter den Vergleichswerten

---

<sup>12</sup> Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer im Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE), wertete am 13. August 2002 das „Anti-Teuro-Forum von Frau Künast“ als einen Riesenerfolg – allerdings nicht für die Ministerin, sondern für den deutschen Einzelhandel. Einen Monat nach dem online-Gang des Forums hätten sich dort lediglich 162 Verbraucher über vermeintlich unkorrekte Preisgestaltung im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung beschwert [3].

<sup>13</sup> Die „Teuro-Hysterie“ war übrigens durchaus kein „typisch deutsches“ Phänomen. Auch in einigen anderen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion gab es heftige öffentliche Auseinandersetzungen. Am 28. August 2002 beispielsweise meldete die Deutsche Presse-Agentur (dpa), dass nach Frankreich und Italien nun auch in Griechenland die „Teuro-Diskussion“ hohe Wellen schlage. Wie dpa unter Berufung auf griechische Presseberichte verbreitete, haben die Verbraucherverbände des Landes die Griechen dazu aufgerufen, am 3. September nichts einzukaufen. Mit diesem Boykott solle auf die unerklärliche Verteuerung zahlreicher Produkte hingewiesen werden. Nach offiziellen Angaben sei in den vergangenen drei Monaten eine stufenweise Erhöhung der Preise besonders im Lebensmittelbereich und hier vor allem bei Gemüse von bis zu 40 % registriert worden. Das griechische Wirtschaftsministerium befürworte diesen Boykott und drohe seinerseits damit, eine Liste der Betriebe zu veröffentlichen, die ihre Produkte um weit mehr als die 3,5 % Inflationsrate in den vergangenen Monaten verteuert haben [18]. Insgesamt gab es in Griechenland an drei Tagen derartige „Verbraucher-Streiks“.

des Vorjahres. Real, d.h. ohne Berücksichtigung von Preissteigerungen, war dies ein Minus um 14,1 %. Das Beherbergungsgewerbe musste einen Rückgang um nominal 8,1 % bzw. real um 11,2 % verkraften.

Die sich verschlechternde Lage der Branche spiegelte sich auch in den Beschäftigtenzahlen wider. Im Jahresdurchschnitt 2002 arbeiteten im Berliner Gaststättengewerbe insgesamt 8,6 % und im Beherbergungsgewerbe der Hauptstadt insgesamt 7,7 % weniger Frauen und Männer als noch im Vorjahresdurchschnitt 2001. Auffällig war eine Tendenz hin zur Kompensierung von Vollzeitbeschäftigung durch Teilzeitbeschäftigung, besonders sichtbar im Beherbergungsgewerbe. Im Gaststättengewerbe Berlins sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Jahresdurchschnitt 2002 deutlich stärker als die der Teilzeitkräfte (-10,3 % gegenüber -6,9 %). Im Beherbergungsgewerbe ging im Vorjahresvergleich die Zahl der Vollzeitkräfte ebenfalls spürbar zurück, und zwar im Jahresdurchschnitt 2002 um 9,6 %. Die Zahl der Teilzeitkräfte stieg dagegen um 5,4 %.

Auf Bundesebene war die Entwicklung von Umsatz- und Beschäftigtenzahl beider Wirtschaftsbereiche ähnlich negativ. Für das Gastgewerbe meldete das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Berechnungen und unter Berücksichtigung der Teuerung einen Umsatzrückgang im Jahr 2002 um 7,1 %. Das Gaststättengewerbe erlitt dabei einen Umsatzeinbruch von 7,9 %, das Beherbergungsgewerbe verbuchte ein Minus von 5,8 % gegenüber dem Vorjahr. Besonders extrem die Novemberwerte: im Vorjahresvergleich -12,4 % im Gaststättengewerbe bzw. -11,0 % beim Gastgewerbe insgesamt. Der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, Ernst Fischer, nannte das Jahr 2002 „das für unsere Branche miserabelste Jahr seit Jahrzehnten“ [20].

Eine Trendwende war im 1. Halbjahr 2003 nicht zu erkennen. Das Einschlagen auf den „teuren Euro“ hat zu den Rückgängen sicherlich beigetragen.

## Zweite „Euro-Zwischenbilanz“ belegt rückläufige Teuerung

Nach diesem „Blick über den Tellerrand der Verbraucherpreisstatistik“ soll, wie weiter oben angekündigt, kurz auf die zweite Zwischenbilanz der amtlichen Statistik nach sechs Monaten Euro eingegangen werden. Mittels einer „Hitliste“ gaben das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank im März 2002 im Rahmen einer Gemeinschaftsstudie zum möglichen Einfluss der Euro-Bargeldeinführung

auf die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland [2, 1] einen Gesamtüberblick über den Grad der Teuerung bei 35 ausgewählten Produktgruppen im Januar 2002, dem ersten „Euro-Bargeld-Monat“. Diese „Hitliste“ wurde in der zweiten Zwischenbilanz um die Angaben zur Jahres-teuerungsrate im Berichtsmonat Mai 2002 ergänzt.

### Hitliste der Teuerung bei den 35 ausgewählten Produktgruppen

COICOP	Produktgruppe	Jahresteuerrate 2002	
		Mai	Januar
<b>Preisentwicklung stark überdurchschnittlich</b>			
0114150100	H-Milch	6,8	14,6
0942150100	Eintrittskarte Kino	5,2	5,5
0118310100	Vollmilchschokolade	5,1	4,2
0722051100	Motorenöl	4,2	4,8
1111056000	Verzehr von Bier auch alkoholfreies Bier	4,1	4,1
0314210100	Chemische Reinigung	4,1	4,2
<b>Preisentwicklung überdurchschnittlich</b>			
0952011100	Tageszeitung, örtlich bevorzugtes Blatt, Abonnement	3,9	4,4
0723018100	Pkw-Oberwäsche	3,9	4,0
1213051100	Zahncreme	3,8	3,3
1211011100	Haarschneiden für Herren	3,7	4,1
1120012000	Übernachtung mit Frühstück	3,0	3,2
0561219100	Filtertüten	2,5	1,6
0312298100	Feinstrumpfhose	2,4	3,6
0954031100	Briefblock	2,4	2,5
1213040200	Tagescreme	2,2	1,9
<b>Preisentwicklung durchschnittlich</b>			
0312196100	Herrensocken, Wolle oder Baumwolle	1,8	2,8
0511039100	Polstergarnitur	1,8	2,1
0111310100	Eiernudeln, Markenware	1,7	4,1
0552035100	Batterie, Monozelle	1,6	1,0
0321210200	Pumps	1,4	2,4
0122100100	Mineralwasser	1,4	2,0
0934053100	Hundefutter	1,2	0,9
0212110100	Weißwein	0,8	0,7
<b>Preisentwicklung unterdurchschnittlich</b>			
0117610100	Rahmspinat, tiefgekühlt	0,7	3,9
0112511200	Salami	0,5	5,8
0532020100	Kaffeemaschine	0,0	0,0
0931018200	Spielzeugauto	0,0	-0,1
1213091100	Toilettenpapier	-0,5	1,1
0118110100	Zucker	-0,7	2,5
0531210100	Waschmaschine	-0,9	-0,6
0312261100	Damenpullover, Mischgarn	-1,1	-0,2
<b>Preisentwicklung stark unterdurchschnittlich</b>			
0911210100	Farbfernseher	-1,9	-3,0
0121111100	Bohnenkaffee	-3,3	-2,1
0912112100	Kleinbildkamera	-3,5	-3,5
0115100100	Deutsche Markenbutter	-5,1	-2,5
<b>Gewichteter Durchschnitt</b>		<b>1,5</b>	<b>2,3</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Vergleichsdaten belegen eine insgesamt deutlich rückläufige Teuerungsrate für diese Produktgruppen, bei Anstiegen für einige Positionen (Vollmilchschokolade, Zahncreme, Filtertüten, Tagescreme, Batterie/Monozelle, Hundefutter, Weißwein, Spielzeugauto) und zum Teil kräftigen Rückgängen insbesondere bei fast allen Nahrungsmittelpositionen (Beispiele: H-Milch, Nudeln, Rahmspinat, Salami, Zucker, Markenbutter). Fasst man die Angaben für die 10 Produktgruppen aus dem Bereich Nahrungsmittel jeweils für die Monate Januar bzw. Mai 2002 zusammen, ergibt sich für den Januar mit einer Jahresteuerrate von +2,6 % ein leicht über dem Anstieg des Gesamtindex (+2,1 %) liegender Wert. Im Mai lag die Jahresteuerrate der 10 ausgewählten Produktgruppen im Vorjahresvergleich nur noch bei +0,3 % und damit deutlich unter der Steigerungsrate des Gesamtindex (+1,1 %) in diesem Monat.

Die Preisänderungen der in die „Hitliste“ aufgenommenen Produktgruppen aus dem Nahrungsmittelbereich bilden nach Auffassung des Statistischen Bundesamts gut die Preisentwicklung bei allen Nahrungsmitteln ab. Gerade die Preissteigerungen auf diesem Sektor zu Jahresbeginn 2002, deren Ursache bekanntlich u. a. ein außergewöhnlicher Kälteeinbruch im Mittelmeerraum war, waren aber ursächlich für den Dissens zwischen „echter“ und „gefühlter“ Inflation.

Das Bundesamt führt in seiner „Zwischenbilanz zu sechs Monaten Euro“ [10] in diesem Zusammenhang aus, dass bei den in die Studie einbezogenen Nahrungsmitteln die Umstellung von „attraktiven“ DM-Preisen auf „attraktive“ Euro-Preise in erheblichem Umfang erst nach der Euro-Bargeldeinführung am 1. Januar 2002 erfolgt sei.<sup>14</sup> Im Zuge der Umstellung wurden zahlreiche „Euro-induzierte“ Preisänderungen registriert.<sup>15</sup> Nach Angaben des Bundesamts waren nur 19,6 % der „Euro-induzierten“ Preisänderungen im Nahrungsmittelbereich seit Februar 2002 Preiserhöhungen.

## Der FOCUS-Index – Stein der Weisen?

Für das Münchner Nachrichtenmagazin FOCUS waren weder die Ergebnisse der beiden umfangreichen Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes und schon gar nicht die deutlich rückläufigen Werte der monatlichen Verbraucherpreismessung, obwohl sie von nicht-amtlicher Seite bestätigt wurden<sup>16</sup>, Anlass, das Thema „gefühlte Inflation“ von der Tagesordnung zu nehmen – im Gegenteil. In einem ebenso groß wie aggressiv aufgemachten Beitrag [21], betitelt „Die Wahrheit über die Preise“, erhob das Maga-

zin in seiner Ausgabe vom 5. August 2002 schon im Untertitel des Artikels den schweren Vorwurf, die offizielle Statistik spiele die Steigerung der Lebenshaltungskosten herunter. Gleichzeitig präsentierte das Blatt – mit Unterstützung des in der empirischen Wirtschaftsforschung tätigen privaten Instituts empirica Delasasse – einen „eigenen“ Index und verkündete, ebenfalls schon im Untertitel, vollmundig: „Der neue FOCUS-Index misst besser.“

Mit schlanken Formulierungen (*Beispiel: „Gefühle trügen nicht.“*), abwertenden Bezeichnungen (*Das Statistische Bundesamt wurde als „Wiesbadener Zahlenorakel“ oder als „Zahlenbehörde“ abqualifiziert.*), Halbwahrheiten (*So schrieb das Blatt beispielsweise: „Die amtliche Einteilung von Haushaltstypen in Rentnerpaare, Arbeiter, Angestellte/Beamte ist realitätsfremd“, und verschwieg dabei zum einen, dass die einzelnen Haushaltstypen gleichzeitig jeweils einer bestimmten, wenn auch vage formulierten Einkommensgruppe zugeordnet waren*<sup>17</sup>, und zum anderen, dass der monatlich veröffentlichte „zentrale Verbraucherpreisindex“ des StBA bereits seit der Indexrevision 1998<sup>18</sup> ausdrücklich „alle privaten Haushalte“ umfasst.) und viel Eigenlob (*Beispiele: „Die Zeit der dünnen Daten ist vorbei.“ – „Unter diesen realistischen Annahmen ...“*) gab sich das Magazin den Schein des Besser-Könnens und Besser-Wissens und machte zunächst Punkte gegen das, wie die meisten öffentlichen Verwaltungen, zurückhaltender und schwerfälliger als die Medien reagierende Bundesamt.

Ein zentraler Vorwurf des FOCUS: Über die Kosten der Lebenshaltung sage die akribische Massendaten-Sammlung des Statistischen Bundesamts wenig aus. Dies ist richtig – nur: Diese Aufgabe hat die Verbraucherpreisstatistik gar nicht! Der Verbraucherpreisindex ist – ex definitione – ausschließlich ein Instrument zur Messung der Preisentwicklung einer Auswahl von bestimmten, statistisch als

<sup>14</sup> Als „attraktiv“ gelten lt. Definition des StBA glatte Preise, die auf 0 oder 5, sowie Schwellenpreise, die auf 8 oder 9 enden.

<sup>15</sup> Als „Euro-induziert“ definiert das StBA diejenigen Preisänderungen, die bei der Umstellung von einem „attraktiven“ DM-Preis auf einen „attraktiven“ Euro-Preis zu beobachten sind, wobei Preisänderungen, die nichts mit der Währungsumstellung zu tun haben, herausgefiltert werden. [10]

<sup>16</sup> Die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle ZMP beispielsweise stellte in einer Ende Mai 2002 veröffentlichten Untersuchung der Preise in 1300 Einzelhandelsgeschäften fest, dass das Preisniveau für Nahrungsmittel durch die Euro-Umstellung nicht gestiegen sei. Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) meldete am 31. Juli 2002, dass sich die Anschaffungsneigung der Verbraucher im Juli leicht verbessert habe. Das subjektive Empfinden, dass mit dem Euro die Preise erhöht wurden, schwinde mehr und mehr aus den Köpfen der Verbraucher [3].

<sup>17</sup> „2-Personen-Rentner-Haushalte mit geringem Einkommen“; „4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen“; „4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen“.

<sup>18</sup> Die Umstellung auf das Preisbasisjahr 1995 (= 100) erfolgte zum 1. Januar 1998.

Preisrepräsentanten für den gesamten Verbrauch aller privaten Haushalte in Deutschland erkannten, Waren und Dienstleistungen während einer bestimmten Erhebungsperiode, und eben kein „Lebenshaltungskostenindex“.

Auch die zum Gesamtsystem der Preisstatistiken gehörenden Statistiken der Baupreise, der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, der Großhandelspreise oder der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte beispielsweise haben nicht die Aufgabe, Aussagen z.B. über die *Baukosten* oder die *Produktionskosten* zu machen, sondern über die am Markt realisierten Preise der Unternehmen der jeweiligen Wirtschaftsbereiche.

Einer Erhebung Fehler oder Schwächen bei etwas vorzuhalten, was sie gar nicht leisten soll, spricht nicht für fachliche Kompetenz. In seine eigene Argumentationsfalle zu tappen, ist allerdings eher ein Zeichen von Torheit. Diese, zugegebenermaßen bewusst im „FOCUS-Stil“ formulierte, Aussage soll am Stichwort „Haushaltstypen“ festgemacht werden.<sup>19</sup>

Eben noch harter Kritiker der „amtlichen Einteilung von Haushaltstypen“, die er als „realitätsfremd“ geißelte, arbeitet aber auch der FOCUS bei seinem Index mit „Haushalts- und Konsumtypen“ (!), die er in diesem Falle selbstverständlich als „realistisch“ wertet. Dem FOCUS-Leser erschließen sich dabei weder die „realistischen Annahmen“, die zur Festlegung gerade dieser vier Haushaltstypen geführt haben, noch die Datenbasis oder Datenquellen, aus denen der FOCUS bzw. empirica *Delasasse* geschöpft haben.

Aus der amtlichen Statistik zumindest ist nicht nachzuvollziehen, dass

- Typ 1: allein erziehende Mutter mit Kind;  
Bruttolohn: 1 500 Euro
- Typ 2: Durchschnittsfamilie, 1 Verdiener, 2 Kinder;  
Bruttolohn: 3 000 Euro
- Typ 3: Ehepaar, 2 Einkommen, 1 Kind;  
Bruttolohn: 5 000 Euro
- Typ 4: Single, Vielverdiener;  
Bruttolohn: 7 000 Euro

repräsentativ für alle privaten Haushalte in Deutschland sein sollen.

Geradezu abstrus wird die Angelegenheit (und lässt erhebliche Zweifel an der Wissenschaftlichkeit des gesamten

Verfahrens aufkommen), wenn man die „Unterlegung“ der „realistischen Annahmen“ durch empirica *Delasasse* für die obigen 4 Haushaltstypen liest. Ausnahmsweise soll hier – pars pro toto – ein Mal aus dem Manual „Preisindex Deutschland“ des Instituts zitiert werden, und zwar die so genannten „realistischen Annahmen“ für den Haushaltstyp 2:

„Haushalt mit zwei Kindern, Ehepaar (verheiratet), ein Einkommen; Monatlicher Bruttolohn EUR 3000;

Lebt in einer Wohnung mit 100 qm in Stadtrandlage mit Garten, zahlt Kirchensteuer (rk), verfügt über einen Passat (Diesel). Für den Weg zur Arbeit werden öffentliche Verkehrsmittel benutzt; hat ein Sparbuch für die Kinder, ein kleines Depot (vorwiegend sicherheitsorientierte Anlagen in Rentenpapiere), besucht Erlebnisparks mit Kindern (die Kinder verfügen über City Roller, Play Stations, Inline Skates etc.). Der Haushalt kauft vielfach No-Name-Produkte in üblichen Supermärkten; erwirbt Haushaltsgeräte (Constructa oder Bosch) über Konsumentenkredite; die Eltern gehen gelegentlich aus (McDonald's, Pizzeria, Kino) und beschäftigen ab und zu abends ein Kindermädchen.

Die Mutter ist Gelegenheitsraucherin und macht gerade den Führerschein. Der Vater ist Fußballfan und besucht regelmäßig die Spiele seiner Lieblingsmannschaft. Ein Kind ist ein Jahr alt und wird zuhause von der Mutter versorgt; das zweite Kind ist vier Jahre alt und geht morgens in den Kindergarten.“

Nicht einmal aus der in fünfjährigen Rhythmen durchgeführten, sehr komplexen und umfangreichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)<sup>20</sup>, die immerhin einen Stichprobenumfang von rd. 76 000 Haushalten hat und die die umfassendsten statistischen Daten zu den Verbrauchsausgaben und Verbrauchsstrukturen der privaten Haushalte in Deutschland bereitstellt, ließen sich derartige – zumal als für den jeweiligen Haushaltstyp als repräsentativ oder „realistisch“ gelobte – Aussagen ableiten. Auch aus dem Datenmaterial der Markt- und Konsumforschung lässt sich eine derart „präzise“ Beschreibung bzw. Definition eines „Haushaltstyps“ nicht generieren.

Zudem sind die „Modell-Haushalte“ in ihrer Konzeption offenbar statisch und damit nicht geeignet für Vergleichs-

<sup>19</sup> Bei der nachfolgenden inhaltlichen Auseinandersetzung wird ausschließlich auf die verkürzte Darstellung im FOCUS zurückgegriffen. Zwar liegt dem Autor dieses Beitrags das vollständige Manual „Preisindex Deutschland“ von empirica *Delasasse* vor, der Inhalt dieser Dokumentation darf aber (ganz oder teilweise) nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Instituts veröffentlicht oder in Informations- und Dokumentationssystemen gespeichert werden. Er ist zudem „nicht bestimmt für den öffentlichen Leihverkehr und Bibliotheken“. (Zumindest in Berliner Bibliotheken findet man aber die Monatsschrift „Berliner Statistik“, in der dieser Beitrag erscheint.) Im Übrigen wurde auch dem geeigneten FOCUS-Leser nicht das gesamte Manual zugänglich gemacht.

<sup>20</sup> Aus den Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der monatlich erhobenen Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) werden, wie bereits weiter oben angeführt, der „statistische Warenkorb“ und dessen quantitative Bewertung, das „Wägungsschema“, abgeleitet.

---

rechnungen über längere Perioden. Kinder bleiben ein oder vier Jahre alt (siehe Kasten), werden offenbar nicht älter und haben folglich keine sich ändernden Ansprüche an Spielzeug, Urlaubsziele, Ernährung und Kleidung (das auch im FOCUS bei anderen Gelegenheiten gern und heiß diskutierte Problem „Kids wollen Markenklamotten“ statt No-Name-Kleidung gibt es nicht); ein Umzug beispielsweise in eine Wohnung in Innenstadtlage ist nicht vorgesehen; die Auto- oder Waschmaschinenmarke wird offenbar nie gewechselt, ebenso wie die Anschaffung eines Haushaltsgeräts nie mit erspartem Geld finanziert werden kann/darf; ein „Ausgehen“ der Eltern zum McDonald’s-Konkurrenten Burger King oder in eine deutsche Kneipe oder „zum Türken“ ist ebenso ausgeschlossen wie ein Theater- oder Konzertbesuch („Ausgehen“ der Eltern heißt „Fast Food bei McDonald’s“ oder „Kino“, basta!); die Mutter wird ihren Führerschein über Jahre (vergeblich) zu erwerben versuchen. Vermisst wird bei diesen präzisen Vorgaben fast schmerzlich die von der Mutter bevorzugte Zigarettenmarke (vermutlich ein No-Name-Produkt) und die Anzahl der gelegentlich gerauchten Zigaretten, der Name des Lieblingsfußballvereins des Vaters (vielleicht ein No-Name-Verein) und das Alter des gelegentlich beschäftigten Kindermädchens (vergütungsrelevant).

Wie man sieht, ist es recht einfach, mit spitzem Finger auf einen anderen zu zeigen, umso mehr dann, wenn dieser sich selbst schmückt mit Prädikaten wie „Qualität“ oder „realistisch“ oder vollmundig tönt „Der FOCUS-Index misst besser“.

Man muss gar nicht erst auf den Teilkomplex „Datenerhebung“ eingehen, um feststellen zu können, dass der FOCUS-Index das Eigenlob nicht verdient. Deshalb muss man den amtlichen Verbraucherpreisindex, der durchaus Schwächen hat, nicht schön reden: Kritik und Anregungen für Verbesserungen sind in den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern jederzeit erwünscht. Nur: Der große Wurf ist FOCUS und empirica *Delasasse* nicht gelungen, und die herbe Kritik an ihrem Produkt müssen beide schon einstecken.

Die Liste der Kuriositäten ließe sich fast beliebig fortsetzen. Einkaufsziele und Einkaufsverhalten aller vier Haushaltstypen beispielsweise – in den FOCUS-Index sollen auch derartige nicht-messbare Größen eingehen – scheinen ebenfalls fix zu sein. Bei den Verkaufsstellen, in denen Preise erhoben werden, soll nicht nur ein Preis je Produkt,

sondern das gesamte Sortiment berücksichtigt werden. Außerdem gehen, so das Magazin stolz, die Preise von Supermärkten wie Aldi, Tengelmann oder Penny „ihren realen Marktanteilen entsprechend“ (die vermutlich auch nicht schwanken und sich verändern – was natürlich auch für das jeweilige Sortiment dieser Ketten gilt) in den FOCUS-Index ein.

Auch die Einbeziehung von „Geldanlagen in Rentenpapieren und Dax-Werten“ in einen „Lebenshaltungskostenindex à la FOCUS“ erschließt sich dem Betrachter nicht, selbst wenn diese durch das Magazin als „Geldanlagen für die Altersicherung“ gewertet werden. Mit einer vergleichbaren Argumentation könnte man auch die Bildung einer Rücklage für die Kosten der eigenen Beerdigung als „Lebenshaltungskosten“ definieren.

Warum unter den vier „Haushalts- und Konsumtypen“ ausgerechnet dem Single (Geschlecht übrigens offenbar männlich) der höchste Bruttolohn zugeordnet wurde, warum die Durchschnittsfamilie (Typ 2) nur einen Verdiener und zwei Kinder, der Haushalt Typ 3 aber zwei Einkommen und nur ein Kind hat – woher diese „realistischen Annahmen“ stammen, erschließt sich ebenfalls nicht. Der Mikrozensus wird jedenfalls als Quelle nicht heranzuziehen sein.

Auf weitere Kritikpunkte soll hier nicht mehr eingegangen werden. Dem FOCUS-Index in diesem Beitrag noch mehr Raum zu geben, hieße, ihm zu viel Ehre anzutun. Dem methodisch-wissenschaftlichen Anspruch der amtlichen Statistik – und auch den eigenen Ansprüchen – kann dieses Produkt nicht genügen.

## **Trotz abflachender „Teuro“-Debatte geringere Euro-Akzeptanz**

Nach den „politischen Sommerferien“ und dem daraus resultierenden themenarmen „Sommerloch“ für die Medien sowie mit dem Versuch des Münchner Magazins, den amtlichen Verbraucherpreisindex mit einem eigenen Index vom Markt zu verdrängen, war der Höhepunkt der „Teuro“-Debatte in Deutschland überschritten. Das Thema flackerte hier und da noch einmal auf, hatte aber nicht mehr die Kraft zu einem Flächenbrand und verschwand langsam, wenn auch nicht aus allen Blättern, dann doch zumindest aus den vorderen Seiten. Sowohl die von der amtlichen Statistik gemeldeten monatlichen Teuerungsraten (siehe



---

Abbildung Seite 31) als auch deren zunehmende Übereinstimmung mit den „gefühlten Werten“ der Verbraucher an den Ladenkassen trugen deutlich zur Beruhigung bei.

Die Einstellung der Deutschen zu ihrer neuen Währung verschlechterte sich dennoch: Hatten im Januar 2002 noch zwei Drittel der in der Bundesrepublik lebenden Konsumenten die Euro-Bargeldeinführung begrüßt, lag die entsprechende Quote gegen Jahresende 2002 nur noch bei rd. 41 % [22].

Experten erklären dies mit der unterschweligen Hartnäckigkeit des „Teuro“-Verdachts und einem nach wie vor fehlenden Preisgefühl. Dieses resultiere aus dem Vergleich aktueller Preise mit früheren Sonderangebotspreisen, an die man sich eher erinnere als an den früheren „Normalpreis“. Aber auch die in den Köpfen immer noch stattfindende „Rückrechnung“ von Euro-Preisen in DM-Preise durch viele Käufer – Umfragen zufolge rechnete auch Monate nach der Euro-Bargeldeinführung die Mehrzahl der Verbraucher noch auf DM-Basis – trage zu der mangelnden Akzeptanz bei. Allein die in Deutschland übliche Umrechnungs-Faustformel „1 Euro = 2 DM“ (statt richtig: 1 Euro = 1,95833 DM) führe jedoch zu einem Fehler von 2,25 % – zu Lasten des Euro, der als um diesen Wert „teurer“ empfunden werde [22].

### **EZB-Präsident desavouiert amtliche Statistik im Euro-Land**

Unter diesen Umständen ist es erstaunlich, dass eine Äußerung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Wim Duisenberg, kurz vor Jahresende 2002 nicht wie eine Bombe einschlug. Zur Verblüffung vieler Fachleute sprach Duisenberg, immerhin oberster Währungshüter Europas und damit zuständig für die Geldwertstabilität in der EU, ohne einen besonderen Anlass von „Fehlern“ bei der Beurteilung der Euro-Inflation.

„Wir haben nur zögernd zur Kenntnis genommen, dass die Umstellung in gewissem Maße Preis steigernd gewirkt hat“, sagte Duisenberg nach Angaben der belgischen Zeitung „De Financieel Tijd“ in deren Ausgabe vom 26. Dezember 2002. „Wir hätten da einfach ehrlicher sein sollen“, habe der EZB-Chef dem niederländischen Fernsehsender RTLZ gesagt [23].

Bis zu diesen überraschenden Äußerungen ihres Präsidenten hatte die EZB immer den Standpunkt vertreten, die Euro-Bargeldeinführung habe die Inflation in der Euro-Zone nicht angeheizt. Es sei nur ein „Gefühl“ gewesen, dass mit dem Euro die Preise gestiegen seien. Nun vollzog Duisenberg eine Wende; er sagte, zusätzlich zu seinem „Schuldeingeständnis“, wäre man ehrlicher gewesen, hätte man vermutlich auch besser erklären können, warum der gesamte Warenkorb, nach dem in Europa die Geldentwertung gemessen werde, sich nicht in dem Maße verändert habe [23].

Was den EZB-Präsidenten zu seinen Äußerungen veranlasste, ist nicht nachzuvollziehen. Denn gegen ihn sprechen alle Aussagen des Statistikamts der EU, Eurostat, die Daten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex der EU (HVPI) und nicht zuletzt die beiden umfassenden Studien der deutschen amtlichen Statistik und der Deutschen Bundesbank, die den Versuch machten, aus den für die Berechnung des deutschen Verbraucherpreisindex erhobenen Basisdaten Sachverhalte und Tendenzen der möglichen Auswirkungen der Euro-Bargeldeinführung auf die deutschen Verbraucherpreise nachzuweisen und offen zu legen, soweit dies mit hinreichender wissenschaftlicher Genauigkeit überhaupt herauszufiltern bzw. zu erklären war.

Das Fatale an den Äußerungen Duisenbergs ist aber nicht seine von den Stimmen der Fachleute abweichende Meinung, sei sie nun fundiert (Frage: wodurch) oder „aus dem Bauch heraus“ formuliert und der Interviewsituation geschuldet. Wirklich „schlimm“ – und von der amtlichen Statistik, die gesetzlich und nach ihren international vereinbarten Ethik-Grundsätzen zur Wahrheit verpflichtet ist, nicht ohne Widerspruch hinzunehmen – ist der Generalverdacht, unter den der EZB-Präsident mit seinen Aussagen die Statistik-Ämter aller Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion und auch das EU-Statistikamt stellt: Man habe dort unisono gemogelt oder „die Wahrheit zurückgehalten“. Ungerechtfertigt ist auch die gleichzeitige Abqualifizierung der täglichen Arbeit dieser Ämter, die unter Zugrundelegung der ihnen vorgegebenen Methoden und der von ihnen erhobenen Daten die monatliche Teuerung nicht besser messen können, als sie dies tun – und die damit bisher und auch in Zukunft eine zentrale Entscheidungsgrundlage für die Geldpolitik der EZB bereitstellen.

---

Es spricht für die Experten, dass man die Duisenberg'schen Äußerungen mehr oder weniger nur mit einem Kopfschütteln zur Kenntnis nahm und nicht in eine öffentliche Auseinandersetzung eintrat. Und auch die Medien griffen die Steilvorlage aus der EZB-Spitze nicht auf. Duisenberg fand zwar Beachtung, z.B. in einem größeren Artikel und in einem Kommentar auf der Titelseite des Tagesspiegel [23], ein Aufschrei ging aber nicht durch die Gazetten.

## Was zum Jahresende blieb

Zum Jahreswechsel 2002/2003 gab es in vielen Zeitungen ein Resümee zu „einem Jahr Euro“. Danach war für die Mehrzahl der Menschen in Deutschland die Euro-Bargeldeinführung eine, wenn nicht die einschneidendste Veränderung des abgelaufenen Jahres. Der Tagesspiegel titelte: „Der Teuro verliert seinen Schrecken“. Das Meinungsforschungsinstitut Emnid befragte im Auftrag der Berliner Morgenpost 750 Berlinerinnen und Berliner über ihre Einstellung zur neuen Währung. 13 % der Hauptstädter sahen eher persönliche Vorteile, 64 % eher persönliche Nachteile durch den Euro, 23 % meinten, es habe sich nichts Wesentliches durch den Euro verändert [24].

Einzelhandel und Gastgewerbe beklagten die spürbare Zurückhaltung der Kundschaft. Die Bürgerinnen und Bürger schenkten, wie auch Anrufe bei den Preisstatistikern des Statistischen Landesamtes Berlin und Diskussionen mit ihnen in öffentlichen Foren (beispielsweise im Rahmen der Veranstaltungen der „Sommer-Universität“ der Freien Universität Berlin) belegten, nach wie vor den Preisen für die kleinen Dinge des täglichen Lebens weit mehr Beachtung als den großen Ausgabepositionen, wie z.B. Miete, obwohl diese das monatliche Haushaltsbudget ungleich mehr belasten und statistisch ein entsprechend viel größeres Gewicht erhalten.

Die Berliner Zeitung brachte das Ausklingen der Debatte um „amtlich gemessene“ und „gefühlte“ Inflation auf den Punkt: „Die Politik wie auch die Verbraucherschützer haben den Teuro mittlerweile zu den Akten gelegt. Die Teuro-Sheriffs sind nach Hause gegangen. Das Künast'sche Preis-Wert-Forum im Internet hat am 30. November seine Pforten geschlossen. 1 500 Beschwerden über Preiserhöhungen ruhen dort, „man kann sie noch eine Weile nachlesen“, sagt

Carel Mohn, Sprecher des Bundesverbandes Verbraucherzentrale. „Konsequenzen oder eine Fortsetzung seien nicht geplant.“ [25]

Für die amtliche Preisstatistik in Deutschland stand turnusmäßig eine zentrale Aufgabe an, die ihre ganze Aufmerksamkeit erforderte: die umfangreiche Preisindex-Revision zum 1. Januar 2003, verbunden mit einer Überarbeitung von statistischem Warenkorb und Wägungsschema und mit der Umstellung des Verbraucherpreisindex auf das neue Preisbasisjahr 2000 (= 100).

## Zusammenfassung

Die öffentliche Diskussion über die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland nach der Euro-Bargeldeinführung am 1. Januar 2002 erbrachte einen Dissens zwischen der amtlich gemessenen und der so genannten „gefühlten Inflation“. Die Verbraucherpreisstatistik sah sich der von Verbrauchern und Verbraucherorganisationen, verschiedenen Politikern und Medien vertretenen Meinung gegenüber, die Teuerungsrate methodisch-systematisch zu unterzeichnen und die jedem Verbraucher an der Ladenkasse offenkundigen – in der öffentlichen Meinung weitgehend dem „teuren Euro“ zugeschriebenen – zum Teil massiven Preissteigerungen für bestimmte Waren und Dienstleistungen nicht richtig zu erfassen bzw. im Verbraucherpreisindex nicht richtig abzubilden.

Von interessierter wissenschaftlicher Seite wie von einigen Medien wurde behauptet, man könne die „gefühlte Inflation“ (einen individuell subjektiven Wert) objektiv messen, es wurden entsprechende Modelle entwickelt und Ergebnisse veröffentlicht, die zum Teil mehr als das Doppelte der amtlichen Teuerungsrate ausmachten, deren Zustandekommen aber nicht gleichermaßen kritisch gewürdigt wurde wie der Preisindex für die Lebenshaltung. Die amtliche Statistik hatte einige Mühe, in den Medien ihr methodisch-wissenschaftliches Verfahren darzustellen und die von ihr berechneten Daten zu verteidigen.

Der Kampf gegen den vermeintlich „teuren Euro“ und gegen die hohe „gefühlte Inflation“ führte insbesondere auch in Deutschland zu Boykottaufrufen von Verbraucherseite und zu einigen hektischen Verlautbarungen und Re-

---

aktionen von Regierungsvertretern. Einzelhandel und Gastgewerbe verzeichneten angesichts zunehmender Zurückhaltung ihrer Kundschaft hohe Umsatzeinbrüche und setzten deshalb Personal frei, angesichts der hohen allgemeinen Arbeitslosenquote ein sehr negatives Ergebnis der Verunsicherung der Verbraucher. Das Magazin FOCUS ließ einen eigenen Index entwickeln und sprach dem deutschen Verbraucherpreisindex die Qualität ab, konnte aber nicht den Nachweis für eine bessere Qualität des eigenen Produkts erbringen.

Im Herbst flaute die „Teuro-Debatte“ ab; dennoch verlor der Euro an Akzeptanz in der Bevölkerung.

Zum Jahreswechsel 2002/2003 war die Debatte um den „Teuro“ und um die „amtlich gemessene“ und „gefühlte“ Inflation ausgeklungen, nicht zuletzt angesichts der unter den Vergleichswerten des Vorjahres liegenden Teuerungsraten in Deutschland. Die Einstellung der Deutschen zu ihrer neuen Währung verschlechterte sich dennoch auf einen Wert knapp über 40 %.

## Quellennachweis

- [1] Engels, E.: Zum Einfluss der Euro-Bargeldeinführung auf die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland; „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 2002, Heft 5, S. 172 ff.
- [2] Zum Einfluss der EURO-Bargeldeinführung auf die Preisentwicklung; Arbeitspapier des Statistischen Bundesamtes; März 2002.
- [3] Neumann, P.: „Euro-Tagebuch“; <http://www.impulse.de/son/art/154659.html>
- [4] Chlumsky, J.: Preisentwicklung im Jahr 2002; „Wirtschaft und Statistik“ Heft 1/2003, S. 63
- [5] Brockhaus – Die Enzyklopädie in 24 Bänden; 20. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Band 10; Leipzig 1997, S. 519 f.
- [6] Der Tagesspiegel vom 28. November 2002.
- [7] Pressemitteilung Nr. 230/02 des Statistischen Bundesamtes vom 2. Juli 02.
- [8] Europäische Zentralbank, Monatsbericht Juni 2003, S. 6.
- [9] Zitiert nach Handelsblatt vom 7. Juli 2003.
- [10] Sechs Monate Euro – Eine Zwischenbilanz der amtlichen Statistik; Arbeitspapier des Statistischen Bundesamtes, Juli 2002.
- [11] Engels, E.: Zu den Auswirkungen der Revision des Preisindex für die Lebenshaltung auf Wertsicherungsklauseln; „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 2003, Heft 2, S. 65 f.
- [12] Der Tagesspiegel vom 30. Mai 2002.
- [13] Zitiert nach Berliner Morgenpost vom 31. Mai 2002.
- [14] Handelsblatt vom 8. Juni 2002.
- [15] Der Tagesspiegel vom 1. Juni 2002.
- [16] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Juli 2002.
- [17] Süddeutsche Zeitung vom 2. Juli 2002.
- [18] dpa vom 28. August 2002.
- [19] Statistisches Landesamt Berlin: Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Handel und Gastgewerbe in Berlin; „Berliner Statistik“ – Statistischer Bericht G I 1 / G IV 3 – m 01/03.
- [20] Handelsblatt vom 22. Januar 2003.
- [21] FOCUS Nr. 32/2002 vom 5. August 2002, S. 137 ff.
- [22] lt. ZDF-Politbarometer, zitiert aus Berliner Zeitung vom 17. Dezember 2002.
- [23] Zitiert nach Der Tagesspiegel vom 30. Dezember 2002.
- [24] Berliner Morgenpost, Silvesterausgabe 2002.
- [25] Berliner Zeitung vom 17. Dezember 2002.